

Lösung Tagesschulen



Tagesschulen haben viele Vorteile, doch auch wenn sich diese Einsicht zunehmend durchsetzt, gilt es für deren Einführung noch viele Widerstände zu überwinden. Von Kerstin Wenk

In Basel-Stadt gab es bereits während über 20 Jahren diverse Tagesschulen. Diese wurden im Rahmen von Harnos aufgelöst. Heute kennt Basel-Stadt die Tagesschule nur noch bei den Spezialangeboten. 2011 wurde die Initiative «Tagesschulen für mehr Chancengleichheit» von der Stimmbevölkerung klar verworfen. Die Forderung nach obligatorischen Tagesschulen ging der Bevölkerung offensichtlich zu weit. Viele Eltern empfanden dieses System als zu einschränkend.

Nun nimmt die Politik auf Grund der Erfahrungen mit dem heutigen modularen System der Tagesstrukturen einen neuen Anlauf für die Einführung einer Tagesprimarschule und einem Tageskindergarten. Gründe dafür sind einerseits, dass für die Menschen eine grösstmögliche Erwerbskontinuität über alle Lebensphasen hinweg sichergestellt werden soll. In diesem Sinne gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Vorteile liegen auf der Hand

Das derzeitige Angebot der Kinderbetreuung in Basel-Stadt ist sehr vielfältig: Da gibt es Tagesstrukturen, Mittagstische mit und ohne Nachmittagsbetreuung, Tagis, Tagesferien – und diverse Mischformen. Die einen haben in den Ferien geöffnet, andere sind geschlossen. Trotz der Vielfalt decken die heutigen modularen Angebote der Tagesstrukturen die Bedürfnisse aller Eltern und Kinder

nicht ab. Im Einzelfall sieht alles ganz anders aus. Die Koordination von einzelnen Angeboten ist eine grosse Herausforderung für die Eltern und bedeutet auch einen permanenten Wechsel für das Kind. Ebenso stellen für die Lehrpersonen die vielen verschiedenen Möglichkeiten mit all ihren Schnittstellen eine Herausforderung in ihrem Arbeitsalltag dar.

Eine Lösung dazu wäre die Einführung von Tagesschulen, die die Abstimmung von Betreuung und Unterricht gewährleisten. Als organisatorische Einheit würden diese sicherstellen, dass die Kinder stets am gleichen Ort in der Schule sind und hätten dazu noch dieselben Bezugspersonen. Die Erfahrungen aus den früheren Tagesschulen in Basel zeigen, dass auch gerade Kinder mit «Ein-Elternbeziehungen» diese Form sehr schätzen. Eine grosse Kontinuität, klare Strukturen helfen Kindern besser sich zu orientieren und bringen mehr Ruhe in den oft schon sehr hektischen Alltag. Tagesschulen bieten Verlässlichkeit, professionelle Qualität und Bildungsgerechtigkeit.

Auch in Baselland beschäftigt man sich immer wieder mit der Tagesschule. Auch hier wird diese als zusätzliche Alternative eingeschätzt. Die Tagesschulen auf Primarstufe könnten im Kanton Baselland regional eingerichtet werden. Auch sollte untersucht werden, ob es sich lohnen würde, eine oder zwei Tagesschulen auf Sekundarstufe einzurichten (eine eher im oberen und eine im unteren Kantonsteil). Denn auch in Baselland ist man davon überzeugt, dass Tagesschulen die Familien unterstützen, die auf eine regelmässige Tagesbetreuung ihrer schulpflichtigen Kinder angewiesen sind. Die Tagesschulen können aber auch eine wichtige pädagogische und erzieherische Funktion haben.

Politische Überzeugungsarbeit nötig

In der Region Basel gibt es jedoch noch viel politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Landrat (BL) wurde der politische Vorstoss für die Einführung von Tagesschulen abgelehnt. Und auch der Grosse Rat (BS) hat eine entsprechende Motion mit nur einer Stimme mehr an den Regierungsrat überwiesen.

In den meisten europäischen Ländern sind dagegen Tagesschulen die Regel. Sie entlasten die Familien, indem Kinder nicht zu Hause noch die Hausaufgaben erledigen müssen. Damit vergrössern sie die Chancengleichheit, weil Schülerinnen und Schüler nicht mehr abhängig sind von den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern. Es erstaunt daher schon sehr, dass vor allem in bürgerlichen Kreisen eine so konservative respektive kritische bis ablehnende Haltung zu den Tagesschulen besteht. ■

Kerstin Wenk ist als VPOD-Regionalsekretärin in Basel für den Bildungsbereich zuständig.



Tickt Basel anders?



Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung: regionales Fazit einer landesweiten Kampagne.

Von Kerstin Wenk

Der vpod Schweiz startete im März 2018 an der Verbandskonferenz «Bildung Erziehung, Wissenschaft» in Neuchâtel die landesweite Kampagne für gute Arbeitsbedingungen an den Schulen.

Der vpod region basel beteiligte sich an der Kampagne und reichte auch kantonal eine entsprechende Petition in Basel-Stadt ein.

Anhörung und Austausch

Im November wurde der vpod region basel sodann zu einem Hearing in die kantonale Petitionskommission eingeladen, um seine Anliegen persönlich vorzustellen und darzulegen. Die ebenfalls zum Hearing eingeladenen Vertreter der Volksschulleitung teilten dort die Einschätzung, dass Schulklassen heute eine grössere Heterogenität aufweisen und sich der Schulalltag zunehmend komplexer gestaltet. Sie hielten aber fest, dass aus diesem Grund bereits ein breites Angebot an Unterstützungsmassnahmen zur Verfügung stehe.

Bei den zunehmenden administrativen Aufgaben verwiesen sie darauf, dass generell und bei allen Berufsgruppen in diesem Bereich die Belastungen zunehmen. Dies sei aus ihrer Sicht eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Auch müssten immer mehr bestimmte Prozesse im Schulbetrieb juristisch abgesichert werden.

Zum Thema schnelle und unbürokratische Hilfe und Unterstützung in kritischen Situationen war man sich einig, dass wirksame Unterstützung wirklich schnell erfolgen müsse. Das Departement könne in Absprache mit den Schulen aber erst tätig werden, wenn eine entsprechende Meldung eintreffe, beziehungsweise die

Anträge vorliegen würden. Dringlichkeitsanträge seien im Kanton Basel-Stadt während dem ganzen Jahr möglich. Wenn ein Antrag vorliegen würde, gäbe es einen Entscheid innerhalb von drei bis vier Wochen.

Sprachlosigkeit zwischen Erziehungsdepartement und Lehrpersonen

Die Petitionskommission hält in ihrem Bericht fest, dass für Massnahmen bei den Lehrpersonen auch tatsächlich eine Not bestehen müsse. Da es sich aber um eine gesamtschweizerische Petition handle, träfen die Forderungen nicht vollständig auf den Kanton Basel-Stadt zu. Auch schreibt die Kommission in ihrem Bericht, dass beide Seiten eigentlich mit ihren Anliegen gar nicht so weit auseinanderliegen würden. Sie hält aber fest, dass die Kommunikation zwischen dem Erziehungsdepartement und den Lehrpersonen verbessert werden müsse.

Unsere Erkenntnisse aus diesem Vorstoss sind einerseits, dass eine gesamtschweizerische Petition zu einem Thema mit unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten nicht sehr sinnvoll ist.

Andererseits gibt es aber tatsächlich auch ein strukturelles Kommunikationsproblem. Die schwierigen Themen werden oft nur in den Schulen selbst angesprochen und nicht nach aussen getragen. Damit vergeblich man auch die Chance, etwas ändern zu können. Unter diesen Umständen können nicht einmal bestehende, sinnvolle Unterstützungsangebote genutzt werden. Denn welche Schulleitung wird ihrem Vorgesetzten freiwillig Bericht erstatten, wenn es an ihrer Schule nicht ganz so rund läuft, wie es eigentlich sollte? ■